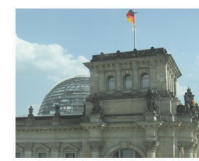




# Brief aus Berlin



[www.brigitte-zypries.de](http://www.brigitte-zypries.de)



direkt gewählt - direkt erreichbar

25. Juni 2013

Liebe Leserin, lieber Leser,

die letzte Sitzungswoche vor der Sommerpause ist angebrochen – und damit die letzte reguläre Sitzungswoche dieser Legislaturperiode. Es steht noch eine Menge auf dem Programm, diese Woche gibt es Sitzungen bis tief in die Nacht. Zusätzlich gab es heute morgen eine Regierungserklärung der Bundeskanzlerin zur Hilfe für die Flutopfer. Der gemeinsame Gesetzentwurf der Fraktionen von CDU/CSU, SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen sieht die Einrichtung eines Solidaritätsfonds vor, der vom Bund mit 8 Milliarden Euro ausgestattet wird. Eine zweite Regierungserklärung – dann zum G8-Gipfel – folgt am Donnerstag. Diese Woche konstituiert sich außerdem noch der Untersuchungsausschuss zur Affäre um den Bundesverteidigungsminister und das Drohnen-Projekt „Euro-Hawk“.

Das diese Woche vorgestellte Wahlprogramm der Union bezeugt: Von CDU und CSU können Verbraucherinnen und Verbraucher in Deutschland keine Hilfe erwarten. Nach vier Jahren an der Regierung hat sich ein Berg an Problemen aufgetürmt. Lösungen hat das Wahlprogramm nicht zu bieten, viele Bereiche werden nicht einmal erwähnt: Regelungen zu Gebühren am Bankautomaten, überzogenen Dispo-Zinsen, IGeL, Finanzprodukten, Gütesiegeln für Arbeitsbedingungen, klare Lebensmittelkennzeichnungen und vieles mehr, das nötig wäre, sucht man vergebens. Wo das Programm dann konkrete Vorschläge macht, steht leider völlig in den Sternen, wie es bezahlt werden soll. Einige dieser Versprechen sind übrigens eins zu eins aus dem letzten Wahlprogramm übernommen – da fragt man sich doch, wer eigentlich in den letzten vier Jahren an der Regierung war!

Mit dem Ende der Sitzungszeit macht normalerweise auch der „Brief aus Berlin“ Sommerpause. Dieses Jahr allerdings habe ich mir vorgenommen, mich alle zwei Wochen mit Veranstaltungsterminen und aktuellen Themen zu melden um Sie und Euch auf dem Laufenden zu halten – schließlich wird es ein „heißer“ Sommer!

Herzlich grüßt

*Euse / Ihre Brigitte Zypries*

## +++ Bürgersprechstunde +++

Sie haben Fragen, Anregungen oder Probleme, die Sie gerne einmal persönlich mit mir besprechen möchten? Dazu bietet sich meine Bürgersprechstunde an.

Kommen Sie doch am **5. Juli ab 16 Uhr in der Erbsengasse 15 (Bürgerhaus) in Bickenbach** vorbei. Eine Anmeldung ist nicht nötig.

Sie können an diesem Tag nicht? Dann gibt es die nächste Möglichkeit am **17. Juli im Bürgerbüro in Darmstadt (Wilhelminenstraße 7a) ab 16 Uhr**. Hier vereinbaren Sie vorher bitte einen Termin (06151 – 360 50 78).

Weitere Termine und auch Bürgersprechstunden zu späteren Zeitpunkten finden Sie auf meiner Internetseite [www.brigitte-zypries.de](http://www.brigitte-zypries.de).

Ich freue mich auf Sie!



#### Verbraucherschutzportal

[www.lebensmittelklarheit.de](http://www.lebensmittelklarheit.de)

Seit zwei Jahren ist das Internetportal [www.lebensmittelklarheit.de](http://www.lebensmittelklarheit.de) online und bietet Verbrauchern die Möglichkeit, sich zu informieren und auffällige Lebensmittelkennzeichnungen zu melden. Außerdem können Hersteller ihren Kommentar oder ihre Erklärung zu der von ihnen gewählten Form der Kennzeichnung geben. Schon im ersten Jahr gab es bei lebensmittelklarheit.de etwa 5.600 Produktmeldungen durch Verbraucher.

Gut an dem Portal ist, dass nur solche Meldungen ins Internet gestellt werden, die auch aus der Sicht der Internetredaktion Täuschungspotenzial haben.

Zusätzlich gibt es ein Forum, in dem Fragen zu Themen wie Kennzeichnung, Zutaten, Zusatzstoffen, Gesundheit, Nährwert und einigem mehr beantwortet werden.

Eine sehr interessante Sache, es lohnt sich auf jeden Fall, mal rein zu schauen!

### Unsere Themen in der letzten Sitzungswoche

In dieser Woche stehen noch einmal **zentrale sozialdemokratische Initiativen auf der Tagesordnung**, die im Bundesrat die Mehrheit haben, die aber CDU/CSU und FDP im Bundestag blockieren. Wir wollen:

- das **Betreuungsgeld** abschaffen und das Geld in den Kita-Ausbau investieren
- das Kooperationsverbot abschaffen und in den nächsten vier Jahren durch den Bund 8 Milliarden Euro zusätzlich in **Ganztagschulen** investieren
- einen gesetzlichen **Mindestlohn** von 8,50 Euro in Ost und West einführen
- den Missbrauch von **Werkverträgen** bekämpfen, der zur rücksichtslosen Ausbeutung der Menschen führt
- die **Rentenangleichung** Ost und West bis 2020 verwirklichen
- **Managergehälter** begrenzen, Steuerschlupflöcher und Steuervermeidung bekämpfen
- ein Ende der Diskriminierung und die **Öffnung der Ehe** für gleichgeschlechtliche Paare

Wir haben immer wieder und mit großem Nachdruck in den letzten Monaten die Kontrolle und finanzielle Beteiligung des Finanzsektors, einen Investitions- und Aufbaufonds, Investitionen in die industrielle Erneuerung, Wachstums- und Beschäftigungsmaßnahmen, wirksame Strukturreformen und ein Sofortprogramm gegen die Jugendarbeitslosigkeit gefordert. Diese Forderungen erneuern wir in dieser Woche. Wir wollen weiterhin:

- die Schaffung eines Investitions- und Aufbaufonds, an dessen Finanzierung der Finanzsektor durch die rasche Einführung einer **Finanztransaktionssteuer** beteiligt wird
- die Vereinbarung von **Mindeststeuersätzen in Europa** zur Verhinderung von Steuerdumping einiger auf Kosten anderer
- ein **Sofortprogramm gegen Jugendarbeitslosigkeit** durch die Schaffung von jährlich 500.000 zusätzlichen Ausbildungs- und Arbeitsplätzen in den kommenden drei Jahren initiieren



### Ein Wort zum Brief aus Berlin

Der Brief aus Berlin ist eine Information für die Bürgerinnen und Bürger aus meinem Wahlkreis. Ich möchte meine Arbeit in Berlin so transparent und bürger-nah wie möglich gestalten. Sie können mir dabei helfen, indem Sie mir Ihre Wünsche und Verbesserungsvorschläge mitteilen und den Brief aus Berlin an Freunde und Bekannte weitergeben. Sie können diesen Newsletter gerne über mein Büro in Berlin abonnieren: Schreiben Sie einfach eine E-Mail mit dem Betreff *Brief aus Berlin* an [brigitte.zypries@bundestag.de](mailto:brigitte.zypries@bundestag.de).

V.i.S.d.P.: *Brigitte Zypries, MdB*  
 Platz der Republik 1  
 11011 Berlin

Abbildungen:  
 S. 2: *Anna Weber*  
 S. 3: *Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA)*

### Die Zukunft der Pflege sichern

Die Pflegeversicherung hat sich als solidarische und paritätisch finanzierte Sozialversicherung bewährt. **Die Pflegepolitik muss sich aber auf den demographischen Wandel einstellen.**

In unserem Antrag, der am Donnerstagvormittag im Plenum diskutiert wird, fordern wir deshalb die Bundesregierung auf, einen Gesetzentwurf vorzulegen: Der Pflegebedürftigkeitsbegriff muss reformiert werden. Zum Beispiel sollen demenzkranke Menschen, psychisch Kranke und pflegebedürftige Kinder dabei berücksichtigt werden. Pflegende müssen durch Beratung und die bessere Vereinbarkeit von Pflege und Beruf unterstützt werden. Auch die häusliche Pflege muss unterstützt werden. **Pflegekräfte brauchen bessere Arbeitsbedingungen. Denn diese so wichtigen Berufe müssen dringen attraktiver werden – sonst stehen wir in wenigen Jahren vor einem riesigen Problem!** Schon jetzt prognostizieren Schätzungen, dass uns bereits in zehn Jahren 152.000 Fachkräfte fehlen werden.

### Organspende – Konsequenzen aus der Manipulation mit Patientendaten

An einigen Transplantationszentren gab es Manipulationen und Verstöße gegen Richtlinien der Bundesärztekammer zur Zuteilung von Organen zur Transplantation, der sogenannten „Organallokation“. Das ist im Laufe des letzten Jahres bekannt geworden. Eine traurige Folge: Die Menschen, die Organe spenden wollen, werden immer weniger.

Am Donnerstagabend diskutieren wir einen Antrag dazu. Alle Fraktionen gemeinsam fordern die Bundesregierung auf, die Erstellung der Richtlinien der Bundesärztekammer zu beaufsichtigen. Manipulationen und Richtlinienverstöße bei der Organzuteilung sollen als Straftatbestand gelten. Die Umstrukturierung der Deutschen Stiftung Organtransplantation muss eng begleitet werden und der Gemeinsame Bundesausschuss soll die Qualitätssicherung in der Transplantationsmedizin weiter entwickeln. Die Länder müssen außerdem die Transplantationszentren besser überwachen als bisher und Verstöße effektiver verfolgen!

**Organspende rettet Leben. Die Voraussetzung dafür ist aber nicht nur hohe Spendenbereitschaft, sondern besonders auch ein gerechtes, transparentes und qualitativ hochwertiges Transplantationssystem.**